

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Asien
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



John Polak

Nach 50 Jahren

Die Allianz zwischen den USA und Südkorea vor neuen Herausforderungen

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Inhalt

Problemstellung 3

1. Historische Entwicklung 5

1.1. Teilung und Koreakrieg 5

1.2. Die Entwicklung der Allianz bis zum Ende des Kalten Krieges 6

1.3. Die Entwicklung nach 1990 7

2. Wirtschaftliche Beziehungen 10

3. Problemfelder 12

3.1. Anti-Amerikanismus in Südkorea 12

3.2. Gesellschaftliche Veränderungen in Südkorea 13

3.3. Unterschiedliche Bewertungen des nordkoreanischen Bedrohungspotentials: Entspannungspolitik versus Proliferationbekämpfung 14

3.4. Eine neue militärische Rollenverteilung 16

4. Ein verändertes Verhältnis? 19

Abkürzungen 21

Problemstellung

Die Allianz zwischen den USA und Südkorea, deren offizielle Festschreibung in einem gegenseitigen Verteidigungspakt sich im vergangenen Jahr zum 50. Mal jährte, befindet sich in einer entscheidenden Phase der Neubewertung. Während das Bündnis in den Zeiten des Kalten Krieges primär der Wahrung des Status Quo und der Abwehr einer nordkoreanischen Invasion diente, geht es dem Süden heute angesichts der eigenen konventionellen Überlegenheit und dem gestiegenen ökonomischen Potential vor allem um eine Rückversicherung gegenüber nordkoreanischen Drohungen und Erpressungsversuchen. Für die USA ist das Bündnis mit dem demokratischen und ökonomisch vitalen Südkorea zu einem zentralen Pfeiler in der von ihr dominierten Sicherheitsarchitektur Ostasiens geworden. Wenn auch Notwendigkeit und Nützlichkeit der Allianz für keine der beiden Seiten grundsätzlich in Frage stehen, ist doch in den vergangenen Jahren zwischen den Partnern eine zunehmende Entfremdung eingetreten, und das Bündnis ist durch eine Reihe neuer Entwicklungen in unruhiges Fahrwasser geraten:

- Ein in der südkoreanischen Gesellschaft verbreiteter Anti-Amerikanismus, der u.a. auf die als ungleich empfundene Partnerschaft zwischen beiden Ländern sowie durch von US-Soldaten verursachte Zwischenfälle zurückgeht;
- gesellschaftliche Veränderungen in Südkorea, politisch manifestiert in der Wahl des progressiven Präsidenten Roh Moo Hyun im Dezember 2002, dem Sieg der liberalen Reformpartei Uri im April 2004 sowie der Opposition der Bevölkerung gegenüber Truppenentsendungen in den Irak;
- Amerikas außen- und sicherheitspolitische Prioritätenverschiebung nach den Anschlägen vom 11. September 2001, das sich daraus ableitende militärische Engagement der USA im Mittleren Osten (Irak, Afghanistan) sowie die Einforderung von Bündnissolidarität in diesen Konflikten;
- unterschiedliche Ansichten der Allianzpartner in Bezug auf das Gefahrenpotential Nordkoreas und daraus resultierend unterschiedliche außen- und sicherheitspolitische Prioritäten (Entspannungspolitik versus Proliferationbekämpfung);
- die erhebliche Reduktion und der Umbau der in Südkorea stationierten US-Truppen mit dem Ziel einer höheren Flexibilität und größere Fähigkeiten zu Luftangriffen, die Verlegung von US-Truppenkontingenten innerhalb Südkoreas sowie die technologische Neugestaltung der amerikanischen Armee.

Es mag angesichts der fortbestehenden Bedrohungslage aus heutiger Sicht unwahrscheinlich sein, daß die Allianz an den genannten Herausforderungen zerbricht. Schließlich wäre für beide Seiten eine derartige Entwicklung ein Desaster: Die Republik Korea im Süden wäre künftig nicht nur gegenüber der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) im Norden auf sich allein gestellt, sie müßte auch die sicherheitspolitischen Risiken im Verhältnis zu ihrer Nachbarschaft mit China, Rußland und Japan selbst regeln. Die USA wiederum sähen sich in der Region und weltweit mit grundsätzlichen Zweifeln an ihrer Bündnisfähigkeit konfrontiert. Aber auch wenn die nordkoreanische Bedrohung des Südens das Verteidigungsbündnis wirkungsvoll zusammenhält, ist doch offensichtlich, daß die Partner weder die jüngsten innenpolitischen Entwicklungstrends Südkoreas noch die veränderte Weltlage einfach ignorieren können und die Allianz heute vor einschneidenden Veränderungen steht. Zu konstatieren ist auch, daß sowohl in Washington als auch in Seoul die Kritik am Bündnispartner und an der Allianz an sich deutlich an Schärfe gewonnen hat und bis in die Regierungen hineinreicht. Für eine Stabilisierung der Allianz werden beide Länder ihr bilaterales Verhältnis daher neu definieren müssen. Deutschland und die EU, die in der Vergangenheit immer um eine konstruktive eigene Rolle bei der Konfliktlösung auf der koreanischen Halbinsel bemüht waren, und die wie auch Südkorea eine enge Sicherheitspartnerschaft mit den USA unterhalten, kann die weitere Entwicklung nicht gleichgültig lassen. Vor diesem Hintergrund richtet diese Studie den Blick auf die Allianz zwischen den USA und Südkorea. Sie beschreibt ihre historische Entwicklung, sie beleuchtet die aktuellen Problemfelder und sie zeigt die Reformagenda auf.

Bereits im vergangenen Jahr hat ein bilateraler Konsultationsprozeß zur Zukunft der Allianz begonnen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen bislang die von amerikanischer Seite angekündigte Verringerung der Truppenstärke auf der koreanischen Halbinsel um ca. ein Drittel und die Verlegung der verbleibenden US-Streitkräfte in südliche Landesteile. Schon diese Veränderungen bringen eine Verlagerung von Risiken, Lasten

und Verantwortung mit sich und berühren den Kern der Verteidigungsallianz. Über diese Beschlüsse hinaus wird aber die Zukunft der Allianz davon bestimmt werden, ob beide Partner auch nach dem möglichen Ende der nordkoreanischen Bedrohung genügend Gemeinsamkeiten bei sich finden werden, um ihre enge Partnerschaft fortzusetzen. Eine gewichtige Rolle wird auch die öffentliche Meinung in Südkorea spielen. Sie dürfte in dem weiteren Konsultations- und Verhandlungsprozeß zu einer Behinderung werden. Vor diesem Hintergrund wird die von beiden Regierungen im Grundsatz angestrebte in die Zukunft weisende Stabilisierung und Stärkung der Allianz die Bewältigung einer umfangreichen Agenda erfordern:

1. Die Allianz muß auf die veränderten globalen und regionalen Rahmenbedingungen reagieren und sich weiter anpassen. Dazu gehört auch die Öffnung für neue Aufgaben wie der Verhinderung von Proliferation oder die Durchführung humanitärer und der Friedenssicherung dienender Einsätze.
2. Da das Weiterbestehen der Allianz und die Präsenz amerikanischer Truppen wesentlich mit der Akzeptanz der südkoreanischen Bürger verknüpft sind, gilt es stärker als bisher Rücksicht auf deren Sorgen und Wünsche zu nehmen. Etwaige Reibungspunkte durch unmittelbaren Kontakt zwischen den Soldaten und der Bevölkerung müssen verringert werden. Des Weiteren sollte die südkoreanische Bevölkerung von der Notwendigkeit von Auslandseinsätzen koreanischer Truppen überzeugt werden. Anderenfalls könnten sich bereits vorhandene anti-amerikanische Tendenzen weiter verstärken.
3. Ungeachtet der prinzipiellen Bedeutung des Bündnisses für beide Seiten profitiert Südkorea in einem höheren Maße. Verdeutlicht wird dies durch die nach wie vor bestehende Abhängigkeit von den militärischen Kapazitäten der USA. Südkorea sollte die eigenen Fähigkeiten erweitern sowie durch die Übernahme zusätzlicher militärischer Verantwortung ein Bekenntnis zur Allianz ablegen.
4. Das Bündnis muß, solange die Bedrohung durch Nordkorea andauert, das amerikanische Bekenntnis zur Verteidigung Südkoreas glaubwürdig darstellen. Folglich ist für Washington trotz der geplanten Truppenreduktionen eine dauerhafte und schlagkräftige Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Korea notwendig.
5. Trotz demonstrativer Verteidigungsbereitschaft ist es notwendig, daß die USA Initiativen zur Annäherung der beiden koreanischen Staaten nicht behindern und friedlichen Konfliktlösungen den Vorzug geben. Südkorea wiederum sollte sich nicht von Nordkorea instrumentalisieren lassen, sondern muß eine Balance zwischen den Interessen Frieden und Wiedervereinigung einerseits und den aus der Allianz resultierenden Verpflichtungen andererseits finden.
6. Neben den Schwierigkeiten auf politischer Ebene rufen auch wirtschaftliche Themen heftige Kontroversen hervor. Die vielfältigen Wirtschaftsbeziehungen, die sich in dem hohen gegenseitigen Handelsvolumen von 58 Mrd. US-Dollar widerspiegeln, berühren vitale Interessen auf beiden Seiten. Es ist zu erwarten, daß Spannungen in diesem Bereich auch zukünftig bestehen bleiben und die bilateralen Beziehungen belasten. Zur Konfliktlösung sollte aber auf die Mechanismen der Handels- und Wirtschaftspolitik zurückgegriffen werden. Eine Verknüpfung mit der Sicherheitspolitik ist zu vermeiden.

Für die europäische wie die deutsche Politik ergeben sich aufgrund der räumlichen Entfernung sowie des fehlenden Gewichts kaum Handlungsmöglichkeiten. Eine Alternative zur südkoreanischen Allianz mit den USA kann Europa aus den genannten Gründen nicht darstellen. Ein Engagement in Einzelfragen wie dem Atomkonflikt mit Nordkorea ist jedoch auch weiterhin denkbar.

1. Historische Entwicklung

Die Allianz zwischen der Republik Korea und den USA blickt auf eine mehr als fünfzigjährige Geschichte zurück. Ihre Anfänge liegen im Koreakrieg (1950-53). Die Rolle der Schutzmacht übernahm Washington dabei eher unfreiwillig. Aufbauend auf der gemeinsamen Kriegserfahrung entstand eine Partnerschaft, deren Raison d'être die Abwehr einer nordkoreanischen Invasion ist. Festgeschrieben wurde die Allianz 1953 in einem gegenseitigen Verteidigungsvertrag. Südkorea entwickelte sich seither zu einem verlässlichen Bündnispartner, der den USA durch die Entsendung von Truppen im Vietnamkrieg (1965-73) militärisch und politisch beistand. Im Gegenzug nahmen die USA sowohl die jahrzehntelange Militärdiktatur als auch die Missachtung von Menschenrechten in Südkorea unter strategischen Gesichtspunkten in Kauf. Neben der Garantie militärischen Beistandes erbrachten die USA auch hohe finanzielle Leistungen. Die nach Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute geleisteten Wirtschaftshilfen¹ summieren sich auf 6 Mrd. US-Dollar, die Militärhilfen sogar auf 8,8 Mrd. US-Dollar. Dennoch galt die Unterstützung nie uneingeschränkt. Um ein atomares Wettrüsten zu verhindern, intervenierte Washington entschieden, als Südkorea in den 70er Jahren den Bau einer Atombombe plante. Zurückhaltend reagierte man auch trotz wiederholter Provokationen des Nordens auf südkoreanische Forderungen nach militärischen Vergeltungsmaßnahmen. Unter dem Druck der USA erfolgte Mitte der 60er Jahre die Normalisierung der japanisch-südkoreanischen Beziehungen. Die staatlichen Reparationen Japans und der Transfer von privatem japanischen Kapital und Technologie bildeten einen weiteren Grundstein für die rasche wirtschaftliche Entwicklung Südkoreas, in dessen Folge auch das eigene Selbstbewußtsein wuchs. Die Allianz zwischen den USA und Südkorea wurde durch weitere Abkommen, so insbesondere 1966 durch das Truppenstatutabkommen (Status of Forces Agreement [SOFA], revidiert 1991 und 2001) ergänzt, ohne jedoch eine Gleichrangigkeit zwischen den Partnern zu begründen.

1.1. Teilung und Koreakrieg

Die amerikanische Präsenz in Korea war ein Erbe des pazifischen Kriegs gegen Japan, obwohl das Interesse der USA an der Halbinsel bis zur Gründung der VR China 1949 gering war. Das ostasiatische Festland lag in der strategischen Konzeption des damaligen Außenministers Dean Acheson außerhalb der amerikanischen Verteidigungslinie im Westpazifik.² Der ursprünglichen Planung zufolge sollte das seit Ende des Zweiten Weltkrieges in eine sowjetische und eine amerikanische Besatzungszone geteilte Korea nach der Durchführung freier Wahlen in die Unabhängigkeit entlassen werden. Angesichts des beginnenden Konflikts zwischen den beiden Supermächten kamen diese aber nicht zustande. Auch die amerikanische Mandatsübergabe an die UNO brachte keine Verständigung, und so beschränkte sich die UNO auf den südlichen Teil Koreas. In der Folge entstanden zwei Staaten auf der koreanischen Halbinsel. Während im Norden durch die Sowjetunion der Aufbau kommunistischer Strukturen sowie einer schlagkräftigen und gut ausgerüsteten Armee vorangetrieben wurde, unterstützten die USA nur die Aufstellung einer leicht bewaffneten Armee. Der Abzug beider Besatzungsmächte im Laufe des Jahres 1949 hinterließ ein extremes Kräfteungleichgewicht, welches der Norden durch einen überraschenden Überfall am 25. Juni 1950 auszunutzen versuchte. Der rasche Zusammenbruch der Verteidigungslinien des Südens alarmierte Washington. Hinter der Attacke wurden sowjetische Ambitionen auf eine Vormachtstellung im Fernen Osten und der mögliche Fall weiterer Verbündeter gesehen. Die Truman-Doktrin, welche die Notwendigkeit der Eindämmung des Kommunismus („containment“) propagierte, sollte dieses Szenario verhindern

¹ Besonders in den 50er und 60er Jahren in Form von Darlehen; mit erfolgreicher Wirtschaftsentwicklung ab Mitte der 60er Jahre sank die Abhängigkeit von den amerikanischen Mitteln.

² Der Verteidigungsbogen („defensive perimeter“) reichte von den Aleuten bis zu den Ryukyu-Inseln (Okinawa) und schloß somit Taiwan und Südkorea aus. Dean Acheson in einer Rede vor dem Nationalen Presseclub in Washington am 12. Januar 1950, vgl. Sebastian *Harnisch*, Außenpolitisches Lernen - Die US-Außenpolitik auf der koreanischen Halbinsel, Opladen 2000, S. 112ff.

helfen. Dieser Richtungswechsel begründete den militärischen Beistand der USA für Südkorea. In Abwesenheit der Sowjetunion, welche den UN-Sicherheitsrat wegen der dortigen Vertretung Chinas durch Taiwan boykottierte, beschloß dieser am 27. Juni „militärische Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens“.³ Die unter dem Kommando der USA stehende multinationale Allianz kehrte das Kräftegleichgewicht um und erreichte ein rasches Zurückweichen der Nordkoreaner. Eine Niederlage des Nordens befürchtend, griff die VR China im Oktober 1950 in den Krieg ein. Die zahlenmäßige Überlegenheit nordkoreanischer und chinesischer Kräfte sowie die Dominanz der Amerikaner im Luftkampf führten zu einem Patt, dem zweijährige Waffenstillstandsverhandlungen folgten. Der am 27. Juli 1953 geschlossene Waffenstillstand, ein seither andauerndes Provisorium, schrieb die Teilung des Landes fest.⁴ Neben den hohen Verlusten in der Zivilbevölkerung und beiden koreanischen Streitkräften wurden auch auf Seiten der USA ca. 33.000 Soldaten getötet und rund Hunderttausend verletzt.⁵ Aus der gemeinsamen Kriegserfahrung entstand ein enges Sicherheitsbündnis zwischen den USA und Südkorea, welches in den am 1. Oktober 1953 geschlossenen gegenseitigen Verteidigungspakt („Mutual Defense Treaty“) mündete. Die dauerhafte Stationierung von rund 46.000 US-Truppen sowie jährliche Militärhilfen dienten dazu, dieses Bündnis abzusichern. Seither bildete das amerikanische Engagement in Südkorea einen festen Bestandteil der Containment-Politik. Südkorea entwickelte sich neben Japan und Australien zum dritten bedeutenden Bündnispartner der USA in der asiatisch-pazifischen Region.

1.2. Die Entwicklung der Allianz bis zum Ende des Kalten Krieges

Während Südkorea in den ersten Jahren politisch, wirtschaftlich und militärisch von den USA vollkommen abhängig war, bewirkten ab Mitte der 60er Jahre die politische Stabilisierung und der wirtschaftliche Aufschwung des Landes eine Aufwertung der südkoreanischen Position innerhalb der Allianz. Zum einen brachte die Normalisierung der Beziehungen zu Japan im Jahr 1965 eine Erweiterung der diplomatischen Möglichkeiten und einen Schub für die wirtschaftliche Entwicklung. Zum anderen konnte die südkoreanische Regierung durch ihre aktive Teilnahme am Vietnamkrieg (1965-73) den USA beistehen und auf diese Weise politisch an Gewicht gewinnen. Gleichzeitig sorgte der Vietnamkrieg für einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung in Südkorea.

Währenddessen begannen die USA, ihre Asienpolitik kritisch zu hinterfragen. Dabei lösten in Seoul insbesondere drei Punkte große Besorgnis aus. Erstens wurde von den USA vor dem Hintergrund des Vietnamkriegs ein Truppenabbau (von 63.000 auf 43.000 Soldaten) in Korea angekündigt und teilweise auch vollzogen. Zweitens versuchte Washington in Reaktion auf zahlreiche nordkoreanische Provokationen⁶ eine militärische Eskalation zu vermeiden – trotz scharfer Kritik aus Seoul. Drittens begannen die USA, Bedrohungen auf regionaler Ebene dem Erhalt des globalen Gleichgewichts unterzuordnen. Dies fand ihren Ausdruck in der von US-Präsident Richard Nixon ab 1972 verfolgten Annäherung an die VR China und der damit verbundenen Veränderung der Haltung der USA in der Taiwanfrage.⁷

Ihren Höhepunkt fand die Abzugsdiskussion unter US-Präsident Jimmy Carter (1977-81). Dieser plädierte unter dem Eindruck des amerikanischen Mißerfolgs im Vietnamkrieg für den Totalabzug der US-Truppen aus Südkorea. Nach heftigen Protesten seitens des Pentagons und des südkoreanischen Allianzpartners, sowie nach einer Neueinschätzung der nordkoreanischen Truppenstärke und unter dem Eindruck der sowjetischen Invasi-

³ Dieser Beschluß markierte den ersten und für lange Zeit einzigen Kampfeinsatz der neu gegründeten Vereinten Nationen nach Art. 39.

⁴ Eine politische Lösung der Koreafrage scheiterte 1954 in Genf.

⁵ In der südkoreanischen Zivilbevölkerung gab es 373.599 Tote und 387.744 Vermißte, auf nordkoreanischer Seite waren es ca. 406.000 tote Zivilisten. 225.784 südkoreanische Soldaten wurden getötet und 43.572 vermißt, die nordkoreanischen Verluste beliefen sich auf 294.151 tote und 91.206 vermißte Soldaten. Auf chinesischer Seite starben ca. 900.000 Soldaten. Zusätzlich zu den amerikanischen Verlusten wurden auf Seiten der UNO-Truppen 3.188 Soldaten getötet und 14.505 verletzt. Vgl. *Harnisch*, Außenpolitisches Lernen - Die US-Außenpolitik auf der koreanischen Halbinsel S. 134 (wie Fußnote 2).

⁶ In enger zeitlicher Reihenfolge erfolgten u.a. die versuchte Ermordung des südkoreanischen Premierministers Park Chung Hees (Januar 1968), das Kapern des amerikanischen Spionageschiffs Pueblo (ebenfalls Januar 1968) sowie der Abschluß eines US-Spionageflugzeugs (April 1969).

⁷ Im sogenannten Shanghaier Kommuniqué vom 27.2.1972 nahmen die USA erstmals zur Kenntnis, „daß alle Chinesen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße davon ausgehen, daß es nur ein China gibt und daß Taiwan ein Teil Chinas ist.“

on in Afghanistan wurde dieses Vorhaben revidiert. Vorangetrieben durch diese Pläne wurde aber die weitere Modernisierung der südkoreanischen Armee.⁸ Der Nachfolger Carters, Ronald Reagan (1981-88) lehnte einen Truppenabzug wegen des zu erwartenden Glaubwürdigkeitsverlusts für die USA in Ostasien ab. Mit dem Ende des Kalten Krieges tauchten jedoch neue Forderungen nach einer Reduktion der US-Truppen auf. Zudem traten die Kosten der Stationierung stärker in den Vordergrund.⁹

Spannungen erzeugten aber auch innere Entwicklungen in Südkorea. Die Rückzugsgedanken der USA führten in Seoul ähnlich wie in Taiwan zur Erwägung einer nuklearen Option, die erst nach heftiger Kritik der USA verworfen wurde. Unbehagen auf amerikanischer Seite verursachten auch die Menschenrechtsverletzungen und die Demokratiedefizite unter dem Regime von Park Chung Hee (1961-79). Wiederholt wurden daher finanzielle Leistungen durch den US-Kongress verzögert oder gekürzt. Die Bemühungen der südkoreanischen Regierung, diese Bedenken durch aktives Lobbying auszuräumen und weitere finanzielle Unterstützungen zu sichern, endeten im sogenannten Koreagate-Skandal.¹⁰

Trotz militärischer Zwischenfälle und anhaltender Konfrontation kam es auch zu Entspannungsbemühungen auf der koreanischen Halbinsel. So bot der damalige südkoreanische Machthaber Park Chung Hee Nordkorea im August 1971 Gespräche an, die im Juli 1972 zur Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung über Vertrauensbildung und eine friedliche Wiedervereinigung führte. Nachdem aber Park im Oktober 1972 über Südkorea den Kriegszustand verhängte und einen scharfen innenpolitischen Restriktionskurs verfügte, endete das bilaterale Tauwetter. Eine Initiative des US-Außenministers Henry Kissinger 1975, Nordkorea durch die USA, bei gleichzeitiger Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Südkorea und China, anzuerkennen, wurde von Pjöngjang abgelehnt. Während sich danach die Beziehungen erneut verschlechterten, kam es ab 1990 zu einer abermaligen kurzfristigen Annäherung zwischen den koreanischen Staaten. Diese gipfelte 1991 in der Aufnahme beider Koreas in die UNO und einem Grundsatzabkommen zwischen Nord und Süd auf Ministerpräsidentenebene. Die erste nordkoreanische Atomkrise (1993-94) setzte diesen Bemühungen jedoch ebenfalls ein Ende (s.u.).

Mit dem Ende des Kalten Krieges gelang Südkorea der außenpolitische Durchbruch. Die vom damaligen Präsidenten Roh Tae Woo (1987-92) verfolgte Nordpolitik führte zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion (1990) und der VR China (1992) und beendete die einseitige Unterstützung Nordkoreas durch beide Staaten. Weitere herausragende diplomatische Erfolge der Republik Korea waren die Veranstaltung der Olympischen Spiele in Seoul (1988), die Gründungsmitgliedschaft in der APEC (1989), die Dialogpartnerschaft mit der ASEAN-Gemeinschaft (1991) und die OECD-Mitgliedschaft (1996). Diese Ereignisse verdeutlichten auch die wachsende wirtschaftliche Bedeutung Südkoreas.

1.3. Die Entwicklung nach 1990

Trotz der Annäherungen Anfang der 90er Jahre zwischen beiden koreanischen Staaten gelang es Südkorea nicht, substantielle Fortschritte direkt mit Pjöngjang auszuhandeln. Insbesondere in der (ersten) Atomkrise (1993-94)¹¹ wurde der geringe Einfluß Seouls deutlich, als das nordkoreanische Regime Verhandlungen über dieses Thema mit dem Süden ablehnte und bilateralen Gesprächen mit den USA den Vorzug gab.

⁸ Beispielsweise durch den Erwerb von modernen F-16 Kampfflugzeugen. Daneben begann Seoul, eine eigene Verteidigungsindustrie aufzubauen. Vgl. *Harnisch*, Außenpolitisches Lernen - Die US-Außenpolitik auf der koreanischen Halbinsel S. 361 (wie Fußnote 3).

⁹ Nach Schätzungen des Pentagons beliefen sich die jährlichen Kosten der Stationierung 1989 auf 2,6 Mrd. US-Dollar. Vgl. William *Berry*, The Political and Military Roles of U.S. Forces in Korea: Past, Present and Future, in: Tae-Hwan *Kwak* / Thomas *Wilborn* (eds.): The U.S.-ROK Alliance in Transition, Kyungnam 1996, S. 209.

¹⁰ Der koreanische Geheimdienst KCIA hatte versucht, über den Geschäftsmann Park Tong Son Mitglieder des US-Kongresses zu bestechen, um Entscheidungen zugunsten Südkoreas zu erreichen. Der Mittelsmann wurde 1977 wegen Bestechung und Unterschlagung von Regierungsgeldern in 36 Fällen angeklagt. Die Aufdeckung des Skandals belastete das bilaterale Verhältnis sehr, da Seoul sich lange Zeit weigerte, mit der amerikanischen Justiz zu kooperieren. Für das öffentliche Erscheinungsbild Südkoreas in den USA hatte diese Affäre negative Folgen.

¹¹ Seit Ende der 80er Jahre verdächtigten die USA - und mit ihr die IAEA und die internationale Gemeinschaft - die DVRK, ein geheimes nukleares Aufrüstungsprogramm zu betreiben. Der Verdacht gründete sich auf den Bau einer Wie-

Das Resultat war eine erneute Belastung der Beziehungen zu den USA, da die südkoreanische Regierung die Verbesserung der amerikanisch-nordkoreanischen Beziehungen von Fortschritten auf innerkoreanischer Ebene abhängig machen wollte.¹² Gemäß einer Forderung Südkoreas sollten die Genfer Verhandlungen zwischen den USA und Nordkorea nicht in einem Friedensabkommen münden. Dies wurde als eine Angelegenheit angesehen, an der die gewählte Regierung der Republik Korea beteiligt sein müsse und die vorrangig zwischen den beiden koreanischen Staaten diskutiert werden sollte.¹³ Für die USA, die in erster Linie eine nukleare Proliferation verhindern wollten, waren bilaterale Verhandlungen – allerdings in Konsultation mit Südkorea – der bessere und zielführende Weg. So erlitt Seoul schließlich mehrere Niederlagen. Einerseits wurde die südkoreanische Haltung im Genfer Rahmenabkommen nicht im gewünschten Maße berücksichtigt, da die technische Durchführung des Abkommens nicht fest mit der Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen verbunden wurde.¹⁴ Gleichzeitig mußte Südkorea beträchtliche finanzielle Beiträge leisten, ohne aber entscheidend auf die Verhandlungen eingewirkt zu haben. Im Ergebnis geriet der innerkoreanische Annäherungsprozess in Folge der Atomkrise ins Stocken, da Pjöngjang die bilateralen Beziehungen zu den USA höher bewertete und sich die Haltung der Regierung Kim Young Sam verhärtete. In den folgenden Jahren wurden allein auf humanitärer Ebene durch Hilfslieferungen aus Südkorea Zeichen gesetzt.¹⁵ Signifikante Annäherungen zwischen Nord und Süd fanden erst wieder nach dem Ende der Amtszeit Kim Young Sams (im Dezember 1997) statt.

Im direkten Vergleich der militärischen Fähigkeiten beider koreanischer Staaten wird Südkorea inzwischen als führend angesehen. Obwohl der nordkoreanischen Volksbefreiungsarmee in der Truppenstärke zahlenmäßig weit unterlegen,¹⁶ gelten die südkoreanischen Streitkräfte doch in punkto technischer Ausstattung und Einsatzfähigkeit als überlegen. Dennoch könnte Südkorea nur unter schweren Verlusten einem nordkoreani-

deraufbereitungsanlage und die mehrmalige Entnahme atomwaffenfähigen Materials (geschätzt wurde eine Menge ausreichend für ein oder mehrere Atombomben). Erhärtet wurde diese Annahme durch die anfängliche Weigerung Nordkoreas, ein zusätzliches Kontrollabkommen mit der IAEA abzuschließen und weitere Kontrollen zuzulassen, sowie durch die später eingeleitete Kündigung der Mitgliedschaft im Atomwaffensperrvertrag (Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, NPT) (Feb. 1993) nach der Androhung von Sanktionen. Eine vorübergehende Entspannung brachten jedoch Gespräche zwischen amerikanischen und nordkoreanischen Unterhändlern (Juni 1993), in denen die nordkoreanische Seite zusagte, ihren Austritt aussetzen, ihren IAEA-Verpflichtungen nachzukommen und weiterhin bilaterale Gespräche mit den USA zu führen. In Südkorea stieß dieses Ergebnis jedoch auf scharfe Kritik. Insbesondere Präsident Kim Young Sam (1992-97) befürchtete den Aufschub anstatt des angestrebten Abbruchs des nordkoreanischen Programms. Nach einer erneuten Eskalation (durch Reaktorabschaltung und Brennstäbeentnahme) verlangte Washington UN-Sanktionen und begann mit der Verlegung von Truppen in die Region. Nur durch die „private“ Vermittlung des amerikanischen Ex-Präsidenten Carter konnte eine militärische Eskalation verhindert werden. Jimmy Carter handelte in Pjöngjang die wesentlichen Punkte einer Vereinbarung aus, die Ende Oktober 1994 (verzögert durch den plötzlichen Tod des nordkoreanischen Führers Kim Il Sung) nach weiteren, mehrmonatigen Verhandlungen zwischen den USA und Nordkorea in Genf in einem Rahmenabkommen, dem sogenannten „Agreed Framework“, festgeschrieben wurden. Konkret versprach Pjöngjang das „Einfrieren“ seiner Atomanlagen und deren Abbau. Im Gegenzug sagte Washington den Bau zweier moderner Reaktoren bis 2003 zu. Die jährliche Lieferung von 500.000 t Schweröl sollte den Energieverlust Nordkoreas bis zu deren Fertigstellung kompensieren. Zudem sollten die gegenseitigen Beziehungen schrittweise normalisiert werden.

¹² Vgl. *Kim Young-Shik*, South Korea-U.S. Relations and North Korea – A Cleavage In Their Approaches and Perspectives, in: Korea and World Affairs, Fall 1996, S. 480.

¹³ Ebenda, S. 483.

¹⁴ Im Agreed Framework wird zwar unter Artikel III, Punkt 2, die schrittweise Implementierung des innerkoreanischen Entnuklearierungsabkommens von 1991 und unter Artikel III, Punkt 3 das weitere Engagement Nordkoreas im Nord-Süd-Dialog erwähnt, eine direkte Verknüpfung mit der Lieferung von Atomreaktoren bestand jedoch nicht.

¹⁵ Seit Ende der 80er Jahre kann die nordkoreanische Nahrungsmittelproduktion aus verschiedenen Gründen (Mangel an Treibstoff, Dünger und Ersatzteilen, Bodenerosion, ausgelaugte Böden etc.) nicht mehr den Bedarf decken. Zusätzlich litt Nordkorea seit 1995 in Folge von Naturkatastrophen mehrfach unter Mißernten, die schätzungsweise 2,5 Millionen Menschen das Leben kosteten (Vgl. Hanns Günther *Hilpert*, Nordkorea vor dem ökonomischen Zusammenbruch? SWP-Studie April 2003, S. 20). Nach einem Hilfersuchen Pjöngjangs gewährte die südkoreanische Regierung Lebensmittelhilfen und Düngemittellieferungen in Millionenhöhe.

¹⁶ Die numerischen Kräfteverhältnisse sprechen nach wie vor zugunsten Nordkoreas, dessen Gesamtstreitkräfte 1.082.000 Mann betragen (Heer 950.000 Mann, Luftstreitkräfte 86.000 Mann sowie Marine 46.000 Mann). Hinzu kommen 4.700.000 Mann in der Reserve. Auf Seiten Südkoreas stehen 686.000 Mann unter Waffen (Heer 560.000 Mann, Luftstreitkräfte 63.000 Mann und 63.000 Mann in der Marine). Die Höhe der Reserve beträgt hier 4.500.000 Mann. Vgl. *The Military Balance 2003-2004*, IISS London, S. 160-61.

schen Angriff standhalten, da die entlang der Demarkationslinie stationierte nordkoreanische Artillerie nach wie vor in der Lage wäre, in der dicht besiedelten Hauptstadtregion Seoul-Incheon schwere Zerstörungen anzurichten.

2. Wirtschaftliche Beziehungen

Ein erfolgreicher industrieller Aufholprozeß und die nachhaltig hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten haben Südkorea zu einer führenden Industrie- und Wirtschaftsnation werden lassen. Entsprechend haben die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA in den zurückliegenden Dekaden einen tiefen Wandel durchlaufen: An die Stelle von Südkoreas früherer einseitiger ökonomischer Abhängigkeit von den USA ist ein differenzierter bilateraler Wirtschafts- und Leistungsverkehr getreten. Heute ist Südkorea Amerikas dritt wichtigster Handelspartner in Asien und weltweit die Nummer sieben. Dabei entwickelt sich der Anteil der USA am südkoreanischen Außenhandel tendenziell rückläufig. Noch in den 80er Jahren gingen mehr als 40% der Exporte in die USA, 2003 waren es weniger als 20%. China hingegen stieg zum zweitwichtigsten Exportmarkt und zum wichtigsten Ziel südkoreanischer Auslandsinvestitionen auf.

Ein weiterer Trend liegt in der veränderten Zusammensetzung der Warenströme. Wurden in der Anfangsphase der wirtschaftlichen Entwicklung vor allem arbeitsintensive Artikel der Leichtindustrie exportiert, bestehen die Warenausfuhren mittlerweile überwiegend aus technologisch anspruchsvollen Produkten wie Schiffen, Autos, Stahl, Flachbildschirmen und Halbleitern. Auf dieser Produktpalette beruht auch der letzte Trend: Seit der Asienkrise von 1997/98 weist Südkorea gegenüber den USA wieder einen hohen Handelsbilanzüberschuß aus.¹⁷ Im Gegenzug hält man in Seoul den größten und dabei stetig wachsenden Teil seiner Devisenreserven in US-Dollar und hilft so bei der Finanzierung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits.¹⁸

Die Beziehungen zu den USA bleiben aus weiteren Gründen wichtig: Erstens sind die USA weiterhin die bedeutendste Technologiequelle, insbesondere im IT-Sektor. Zweitens bleiben die USA nach wie vor der bei weitem wichtigste Exportmarkt, denn ein großer Teil der koreanischen Exporte nach China dient der Produktveredelung zur Belieferung des US-Marktes. Drittens investiert die US-Wirtschaft noch immer stark in Korea, wie am Engagement von IBM, General Motors oder von US-Investmentfonds deutlich wird. Viertens studieren und arbeiten zahlreiche Koreaner in den USA und wirken als ein Motor für eine immer engere wirtschaftliche und technologische Verbindung zwischen den beiden Ländern.

Allerdings bilden die umfangreichen und differenzierten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auch den Rahmen für beträchtliche Friktionen. So fordert die US-Handelspolitik von Korea die Liberalisierung des Agrarimports und die Beseitigung struktureller Investitionsbarrieren und nicht-tarifärer Handelshemmnisse. Aus Sicht der US-amerikanischen Handelspolitik bestehen sektorale Marktzutrittsbarrieren bei Kraftfahrzeugen, Pharmaprodukten und im Banken- und Versicherungssektor. Moniert werden ferner eine diskriminierende Festlegung von technischen Standards im IT-Sektor, Defizite bei den geistigen Eigentumsrechten und allgemein ein Mangel an Transparenz in Rechnungslegung und Bilanzierung. Grund zur Klage hat aber auch die koreanische Exportwirtschaft, da in den beiden zurückliegenden Jahren der Import von koreanischem Stahl in die USA durch Schutzzölle, der Import von koreanischen Halbleitern durch die Erhebung von Anti-Dumping-Klagen quantitativ beschränkt wurde.

Offensichtlich sind die bilateralen Handelsfriktionen Anlaß für beträchtliche Irritationen im amerikanisch-koreanischen Verhältnis. Dennoch sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern gegenwärtig weniger spannungsreich als etwa noch zu Beginn der 90er Jahre. Inzwischen ist es zahlreichen multinationalen Unternehmen aus den USA gelungen, erfolgreich in den südkoreanischen Markt einzutreten und dort hohe Gewinne zu generieren. Zu dieser Entwicklung hat die Öffnungs- und Liberalisierungspolitik Südkoreas, wenn auch unter erheblichem internationalen Druck, einen wichtigen Beitrag geleistet. Heute betreiben die USA mit Südkorea, wie mit anderen entwickelten Industrieländern auch, einen differenzierten intraindustriellen Handel. Die sektorale Industrie- und Handelspolitik Südkoreas wird kaum noch als Bedrohung empfunden.

¹⁷ Das US-amerikanische Handelsbilanzdefizit gegenüber Südkorea betrug nach amerikanischen Angaben in den beiden zurückliegenden Jahren 2002 und 2003 jeweils rund 13 Mrd. US-Dollar.

¹⁸ Südkoreas Währungsreserven beliefen sich nach offiziellen Angaben am Jahresende 2003 auf 154,5 Mrd. US-Dollar. Nur Japan, China und Taiwan halten derzeit höhere Devisenreserven in US-Dollar.

Auch verblaßt das amerikanische Leistungsbilanzdefizit gegenüber Korea angesichts der viel höheren amerikanischen Defizite mit China und Japan. Anscheinend erschüttern die Handelskonflikte nicht die Substanz der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, sondern berühren nur partikulare Geschäftsinteressen. Allerdings können betroffene Interessengruppen erheblichen Einfluß auf heimische Medien und Innenpolitik nehmen und damit die wechselseitige Wahrnehmung prägen. Die im bilateralen Handel- und Investitionsverkehr entstehenden Irritationen besitzen daher durchaus das Potential, das politische Klima zwischen beiden Ländern weiter zu verschlechtern.

3. Problemfelder

3.1. Anti-Amerikanismus in Südkorea

Ein tragischer Unfall im Juni 2002 und dessen ungeschickte Handhabung durch die US-Streitkräfte riefen in der südkoreanischen Bevölkerung große Empörung hervor. Dem Freispruch der beiden angeklagten Soldaten, die bei einem Verkehrsunfall den Tod zweier Schulmädchen verursachten, folgten Massendemonstrationen und einzelne tätliche Angriffe auf amerikanische Soldaten. Selbst Worte des Bedauerns hochrangiger Mitglieder der US-Administration sowie der Militärs vermochten die Erregung der südkoreanischen Öffentlichkeit nur schwer einzudämmen. Der amerikakritische Präsidentschaftskandidat Roh Moo Hyun konnte von dieser Stimmung profitieren und wurde schließlich mit knappem Vorsprung im Dezember 2002 gewählt. Anti-Amerikanismus und Kritik an der amerikanischen Politik beschränken sich nicht auf den jüngsten Vorfall. Vielmehr existiert eine Reihe von Gründen, die für Verstimmung sorgen. Ein Stein des Anstoßes, insbesondere in der jüngeren Generation, ist der Unilateralismus der USA. So wurde in der südkoreanischen Öffentlichkeit und Presse vehement US-Präsident George Bush kritisiert, nachdem er in seiner Ansprache zur Lage der Nation im Januar 2002 Nordkorea auf einer „Achse des Bösen“ verortete, ohne zuvor Konsultationen mit dem Bündnispartner durchgeführt zu haben. Weiter zurückliegende historische Geschehnisse, in denen nach vorherrschender Meinung eine mangelnde Rücksichtnahme auf die Interessen des koreanischen Volkes erkennbar sei und die deshalb den Unmut vieler Koreaner hervorrufen, sind das Agieren der Clinton-Administration in der ersten Atomkrise weitgehend ohne Rücksprache mit Seoul (s.o.), ein ungleicher Handelsvertrag von 1882 sowie das „Taft-Katsura“-Abkommen von 1905, mit dem die USA die japanische Vorherrschaft in Korea anerkannten.

Der zweite wesentliche Grund für die kritische Haltung zu den US-Truppen resultiert aus ihrer unübersehbaren Präsenz in und um Seoul. Der Hauptstützpunkt amerikanischer Truppen in Korea ist die Basis Yongsan inmitten der Hauptstadt, in der mehrere tausend Soldaten stationiert sind. Ihre Gegenwart zieht eine Vielzahl von Problemen wie Lärm, Verkehrsstaus, Umweltverschmutzung und Prostitution nach sich. Im Juli 2004 wurde in Gesprächen zwischen südkoreanischer Regierung und US-Militärs eine Verlegung der Basis ca. 70 Km südlich von Seoul vereinbart. Die geschätzten Kosten von 3-4 Mrd. US-Dollar wird Südkorea übernehmen.¹⁹ Mit dem Umzug, der Ende 2008 abgeschlossen sein soll, dürfte eine der Hauptursachen für die Friktionen in der Bevölkerung an Bedeutung verlieren.

Drittens verletzt das US-Truppenstatut aufgrund der damit verbundenen Einschränkung der Souveränität den Stolz vieler Südkoreaner. Dies gilt sowohl für die Übertragung des Oberkommandos an einen Amerikaner im Falle eines bewaffneten Konflikts als auch die eingeschränkte Gerichtsbarkeit über Angehörige der US-Streitkräfte. Das Truppenstatut von 1966 ist trotz zweimaliger Revision (1991 und 2001) in den Augen vieler Koreaner nach wie vor unbefriedigend. Daher berät derzeit eine gemeinsame Kommission beider Länder über erneute Änderungen.²⁰

¹⁹ Die Vereinbarung bedarf noch der Zustimmung des südkoreanischen Parlaments. Allerdings wurde bereits Kritik an der alleinigen Kostenübernahme durch Seoul laut. Vgl. *The Korea Herald*, 13 USFK bases to be returned by 2006, 26. Juli 2004.

²⁰ Beide Seiten haben sich bislang zehn Mal zu Gesprächsrunden unter dem Titel „Future of the Alliance“ (FOTA) getroffen. Auf südkoreanischer Seite nehmen der Vize-Verteidigungsminister und Vertreter des Außenministeriums sowie des Militärs teil, von amerikanischer Seite der für Asien zuständige Unterstaatssekretär sowie weitere Vertreter von Außen- und Verteidigungsministerium. Themen sind dabei u.a. die Regelung der Verlegung von Truppen und der Übergabe von US-Stützpunkten (s.u.). Das letzte Treffen fand vom 22. bis 23. Juli 2004 in Washington statt. Dabei wurde u.a. die Übergabe von 13 US-Stützpunkten an Südkorea in den nächsten zwei Jahren und die Verlegung des umstrittenen Stützpunkts Yongsan bis Ende 2008 beschlossen. (Vgl. *Chosun Ilbo*, U.S. Bases in Korea to be Reduced from 41 to 17, 25. Juli 2004) Einen weiteren Gesprächskanal auf Verteidigungsminister-Ebene bieten die Treffen im Rahmen des „Security Consultative Meeting“ (SCM). Der 35. jährliche Gipfel fand Mitte November 2003 in Seoul statt. (Vgl. http://www.usfk.or.kr/en/future_initiative.php, letzter Zugriff: 26. Juli 2004)

Der vierte Grund betrifft demographische Veränderungen in der südkoreanischen Gesellschaft. Der Einfluß junger Menschen, deren Bild der Allianz nicht mehr durch den Koreakrieg geprägt ist, nimmt zu. Obwohl sie den Beitrag zur Verteidigung gegen Nordkorea durchaus schätzen, wird das als arrogant empfundene Auftreten der USA, aber auch deren wirtschaftliche und kulturelle Dominanz genau registriert. Eine kürzlich veröffentlichte Studie, in der die Mehrheit der 20 bis 40-Jährigen den Hauptgegner Südkoreas nicht im kommunistischen Norden, sondern in den USA sah, unterstützt diese These.²¹

Fünftens ist der Anti-Amerikanismus auch politisch und ideologisch begründet. So wird den USA die (zumindest) stillschweigende Unterstützung der militärischen Machthaber trotz deren schwerer Menschenrechtsverletzungen bis zur Demokratisierung Südkoreas im Jahre 1987 vorgeworfen. Von Studenten, manchen Gewerkschaftern und Kirchenvertretern wird zudem, auch beeinflusst durch das von Nordkorea propagierte Konzept der nationalen Selbstständigkeit, seit den 80er Jahren zum Protest gegen die fortwährende Stationierung amerikanischer Truppen aufgerufen. Während diese Stimmen nach der Auflösung der Sowjetunion weitgehend verstummt waren, sind sie im Zuge der jüngsten Demonstrationen erneut laut geworden. Oft wird in diesem Zusammenhang auch die Behauptung geäußert, die noch immer andauernde Teilung des Landes sei im Wesentlichen auf die fortwährende Präsenz amerikanischer Truppen zurückzuführen.

3.2. Gesellschaftliche Veränderungen in Südkorea

Nach beinahe 40 Jahren autoritärer Herrschaft bzw. Militärdiktatur setzte 1987 infolge gesellschaftlicher Veränderungen und begünstigt durch den wirtschaftlichen Erfolg eine erfolgreiche Demokratisierung ein. Seither ist die noch junge Demokratie von der Veränderung der politischen Landschaft und neuen Formen politischer Partizipation gekennzeichnet. Im Zuge dieser Entwicklung hat sich im Laufe der letzten Jahre ein Generationswechsel in der Politik vollzogen. Die sogenannte Ära der drei „Kims“ (Kim Young Sam, Kim Dae Jung, Kim Jong phil)²² ist zu Ende gegangen. Alle drei hatten, wie viele andere ihrer Generation, den Koreakrieg persönlich erfahren und waren von der Allianz mit den USA geprägt. Mit der Wahl des derzeitigen Präsidenten Roh Moo Hyun ist nun erstmals ein Politiker aus der jüngeren Generation an der Macht. Roh, ein liberaler Anwalt, profitierte bei seiner Wahl von anti-amerikanischer Stimmung und versprach eine Neubewertung des bilateralen Verhältnisses. Allerdings löste er diese Zusage bisher nicht ein, sondern versicherte nach seiner Wahl, sich weiterhin für die Fortsetzung der Allianz einsetzen zu wollen. Im Irakkrieg unterstützte er – gegen eine Mehrheitsmeinung im Lande – die Position der US-Regierung und entsandte Truppen in den Mittleren Osten.²³ Dabei ist dieser Einsatz durchaus mit Risiken für die Regierung behaftet, wie eine Geiselnahme im Juni 2004 zeigte.²⁴ Bei weiteren Zwischenfällen könnte die Regierung, welche nach wie vor an der Truppenentsendung festhält, in schwere Turbulenzen geraten.

²¹ Auch in diesen Zahlen lässt sich eine altersbedingte Differenzierung erkennen. Während 57,9% der über 20-Jährigen die USA für den gefährlichsten Feind Koreas halten, sinkt der Anteil bei den über 30-Jährigen auf 46,8% und auf 36,3% bei den über 40-Jährigen. Hingegen betonen nach wie vor 52,5% der über 50-Jährigen die größere Gefährlichkeit Nordkoreas. Vgl. *Chosun Ilbo*, For Young Koreans, U.S. 'Main Enemy', 30. Juni 2004.

²² Kim Young Sam, langjähriger Oppositioneller und nach der Demokratisierung 1987 der erste Präsident (1992-97), der kein Militär war. Kim Dae Jung, ebenfalls langjähriger Oppositionsführer, der mehrfach zum Tode verurteilt wurde. Er war 1997-2002 südkoreanischer Präsident. Kim Jong Phil, ehemaliger Geheimdienstchef, der sich später mit dem damaligen Machthaber überwarf und mit seiner Splitterpartei meist die konservative Partei unterstützte.

²³ Im Dezember 2003 beschloß das südkoreanische Parlament die Entsendung von 3.000 südkoreanischen Soldaten in den Irak. Der Zeitpunkt der Entsendung verschob sich wegen der unsicheren Lage mittlerweile von April 2004 bis August 2004. Zurzeit wird ein neuer Einsatzort im Norden des Irak (wahrscheinlich in der Stadt Arbil) ausgewählt. Bereits seit Mai 2003 sind ca. 300 Soldaten, insbesondere Sanitäter und Ingenieure, in und um Nasariya im Süden Iraks im Einsatz.

²⁴ Erstmals wurden der koreanischen Öffentlichkeit im Juni 2004 die mit der Truppenentsendung verbundenen Gefahren für ihre Soldaten bewußt, als ein Dolmetscher von Terroristen entführt und nach Nichterfüllung ihrer Forderungen nach Abzug aller koreanischen Truppen hingerichtet wurde. In Korea führte dies zu einer hitzigen Diskussion über die Versäumnisse der Regierung und ihre Entscheidung, Truppen in den Irak zu senden. Vgl. *The Hankyoreh*, Kim's Death Must Mean Something, 1. Juli 2004.

Ihren vorläufigen Höhepunkt erlebte die Umwälzung der politischen Landschaft durch den Erfolg der neu gebildeten, liberalen Uri-Partei bei den Wahlen im April 2004. Erstmals kam eine parlamentarische Mehrheit für einen liberalen Präsidenten zustande. Es wird nun eine graduelle Veränderung der Außenpolitik hin zu mehr Eigenständigkeit und einer größeren Unabhängigkeit von den USA erwartet.²⁵

Vorangetrieben wird dieser politische Generationswechsel zum einem vom wachsenden Einfluß jüngerer, liberaler Wähler, die das alte, als korrupt geltende Establishment durch neue Kräfte ersetzen wollen.²⁶ Zum anderen lassen sich neue Formen politischer Kommunikation und Mobilisierung feststellen. Der Einfluß der stark konservativ geprägten Presselandschaft hingegen ist durch die Nutzung neuer Medien wie dem Internet rückläufig.²⁷ Kennzeichnend ist darüber hinaus eine hohe politische Partizipation trotz der allgemeinen Entrüstung über die Korruptionsanfälligkeit der alten politischen Garde. So wuchs in den letzten Jahren die Zahl der Bürgerbewegungen und Nichtregierungsorganisationen rasant bei gleichzeitiger deutlicher Zunahme ihres Einflusses.²⁸

3.3. Unterschiedliche Bewertungen des nordkoreanischen Bedrohungspotentials: Entspannungspolitik versus Proliferationbekämpfung

Die Haltung der beiden Verbündeten zur Bedrohung durch Nordkorea stimmte im Wesentlichen nur während des Koreakriegs überein. Seitdem divergieren der regionale Fokus Südkoreas und der weltpolitische Blickwinkel der USA mehr oder weniger stark. Da sich die regionalen und internationalen Rahmenbedingungen im Laufe der Zeit veränderten, war auch die Beurteilung der Bedrohungslage Wandlungen unterworfen. Sowohl Südkorea als auch die USA unternahmen dabei einschneidende Richtungswechsel.

Seit seiner Gründung war die Haltung Südkoreas durch Legitimationsdruck und die Verteidigung der eigenen Souveränität geprägt. Die Furcht vor einer gewaltsamen Wiedervereinigung bestimmte alle Entscheidungen. Ferner war Nordkorea noch bis Mitte der 70er Jahre wirtschaftlich erfolgreicher als der Süden. Zur Sicherung der eigenen Existenz forderte der Süden stets harte Reaktionen vom amerikanischen Bündnispartner, während dieser eine militärische Eskalation vermeiden wollte, um im Spannungsfeld des Kalten Krieges nicht einen größeren Konflikt heraufzubeschwören. Zurückhaltung geboten auch die Erfahrungen langer und entbehrungsreicher Kriege in Asien.

Das Ende des Kalten Krieges brachte für Südkorea eine Wende der nach wie vor regional geprägten Sichtweise auf seinen nördlichen Nachbarn mit sich. In dem Maße wie die wirtschaftliche Schwäche des Nordens²⁹ sichtbar wurde, wuchs das eigene Selbstbewußtsein. Aufgrund des nun erreichten Wohlstandsniveaus und der gelungenen Demokratisierung sah man sich als historischer Sieger im Wettstreit beider Staaten. Trotz andauernder Konfrontation und weiterer militärischer Zwischenfälle³⁰ rückte die Sorge um die Sicherung des bisher

²⁵ Vgl. *The Korea Herald*, Uri dominance may shift foreign policy, 21. April 2004.

²⁶ Deren Gewicht nimmt trotz vergleichsweise geringer Wahlbeteiligung in dieser Altersgruppe zu. Zu dem veränderten Meinungsbild gehören auch die bereits oben beschriebenen amerikakritischen Tendenzen.

²⁷ Im Präsidentschaftswahlkampf 2002 benutzte der zunächst weitgehend unbekannt Kandidat Roh Moo Hyun das Internet, um seine Bekanntheit zu erhöhen. Populär wurde eine „Nosamu“ („Wir lieben Roh“) genannte Internetgemeinschaft, welche den Kandidaten besonders eifrig unterstützte. Roh gewann die Wahl schließlich mit knappem Vorsprung. Auch die Proteste, die der Abstimmung über das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Roh Moo Hyun im März 2004 folgten, wurden wesentlich über die neuen Medien kommuniziert.

²⁸ Im Vorfeld der Parlamentswahlen im April 2000 formierten sich rund 500 große und kleine Organisationen zur „Citizens' Alliance for the 2000 General Elections“ (CAGE). Diese machte es sich zur Aufgabe, „unmoralische“ Kandidaten anzuprangern und entweder ihre Aufstellung zu verhindern oder sie in den Wahlen zu schlagen. Vgl. *Choi Jang Jip*, Democratization, Civil Society, and the Civil Social Movement in Korea: The Significance of the Citizens' Alliance for the 2000 General Elections, in: *Korea Journal*, Autumn 2000.

²⁹ Obwohl die Statistiken aus Nordkorea lückenhaft sind und größtenteils auf Schätzungen beruhen, zeigen sie doch einen rapiden Wirtschaftsrückgang. So variieren laut Nicolas Eberstadt die Angaben über das nordkoreanische Bruttoinlandsprodukt zwischen -11 und -70% für den Zeitraum 1989-1995. Vgl. Nicolas *Eberstadt*, in: *Our Own Style of Statistics – Availability and Reliability of Official Quantitative Data for the Democratic People's Republic of Korea*, 1999.

³⁰ Beispiele sind das Eindringen nordkoreanischer Spionage-U-Boote im September 1996 und im Juni 1998, mehrfache Scharmützel im Gelben Meer sowie verschiedene Raketentests Nordkoreas.

erreichten Entwicklungsniveaus und um die Aufrechterhaltung des kräftigen Wirtschaftswachstums stärker in den Vordergrund und verdrängte den Wunsch nach einer raschen Wiedervereinigung. Gleichzeitig sah man die enormen Kosten und ökonomischen Schwierigkeiten der deutschen Wiedervereinigung.

Daneben wurde nach über 40-jähriger Konfrontation auch das Scheitern der bisherigen Politik gegenüber Nordkorea deutlich. Die innerkoreanischen Beziehungen waren stets vom Verhalten Nordkoreas abhängig gemacht worden. Eine eigene aktive Rolle war somit nahezu ausgeschlossen und die wenigen Fortschritte erwiesen sich als nicht dauerhaft. Eine Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen war auf diesem Wege also nicht zu erreichen. Während unter dem Präsidenten Kim Young Sam (1992-97) diese Einsicht nur langsam reifte, wurde sie von seinem Nachfolger Kim Dae Jung (1997-2002) in der sogenannten „Sonnenscheinpolitik“ umgesetzt. Wengleich militärische Provokationen nach wie vor abgewehrt werden sollten, rückte man nun von der Haltung ab, eine Wiedervereinigung gegen den Willen Nordkoreas durchsetzen zu wollen und betonte stattdessen eine Politik der aktiven Kooperation und Wiederannäherung. Unabhängig vom („schlechten“) nordkoreanischen Verhalten auf anderen Feldern, sollten wirtschaftliche Hilfen sowie gesellschaftliche und ökonomische Kontakte zu dem Ziel der Vertrauensbildung beitragen. Jenseits der innerkoreanischen Beziehungen sollte die Einbindung Nordkoreas in das internationale politische System, insbesondere durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu anderen Staaten, unterstützt werden. Nach anfänglichen Erfolgen wurde die Sonnenscheinpolitik aber sowohl in der südkoreanischen Innenpolitik als auch von der neuen US-Regierung unter Präsident Bush grundsätzlich in Frage gestellt.³¹ Dennoch hielt auch der neue Präsident Roh Moo Hyun (seit 2003) an deren wesentlichen Elementen fest. Betont werden seitdem von südkoreanischer Seite nicht die militärischen Kapazitäten Nordkoreas, sondern die dahinter vermuteten, auf Erhalt des Status-Quo orientierten Intentionen.

Diese südkoreanische Sichtweise geriet jedoch mit der Neuausrichtung der amerikanischen Sicherheitspolitik unter George Bush in Konflikt. Auf weltpolitischer Ebene sieht sich Washington nach dem Ende des Kalten Krieges als einzig verbliebene Supermacht neuen Gefahren wie Terrorismus, fragilen Staatlichkeiten und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen ausgesetzt. Um diesen Bedrohungen entgegenzutreten, werden in der neuen amerikanischen Verteidigungsdoktrin Präventivangriffe als eine mögliche Reaktion ausdrücklich in Erwägung gezogen. Die Verfügungsgewalt Nordkoreas über ballistische Trägersysteme und vermutlich über Massenvernichtungswaffen sowie das Nuklearprogramm des Landes gelten daher als Bedrohung der eigenen Sicherheit. Die aus dieser Neuausrichtung resultierende, kompromißlose Haltung der Regierung Bush in der seit Oktober 2002 andauernden Atomkrise weckte in Südkorea Befürchtungen vor einer militärischen Eskalation des Konflikts und wurde zum Anlaß beträchtlicher Spannungen zwischen den beiden Alliierten. Südkorea, welches die eigenen Normalisierungsbemühungen gefährdet sieht, sträubt sich gegen die konfrontative Politik Washingtons und lehnt ein gegen Nordkorea gerichtetes Embargo³² oder gar eine militärische Intervention vehement ab. Befürchtet werden enorme „Kollateralschäden“ infolge solcher Angriffe, besonders in der grenznah liegenden Metropole Seoul.³³ Selbst der offensichtliche Bruch bestehender Vereinbarungen³⁴ durch Nordkorea bewirkte keine wesentliche Änderung der südkoreanischen Position. Die Kooperationspolitik im wirtschaftlichen und humanitären Bereich wird konsequent fortgesetzt, und es kommt nach wie vor zu innerkoreanischen Begegnungen, bei denen der Süden – allerdings ohne Erfolg – auch die Atomfrage anspricht.

³¹ Zu den Erfolgen gehören mehrere Begegnungen zwischen getrennten Familien sowie der Besuch Kim Dae Jungs in Pjöngjang im Juni 2000. Allerdings wurde im Laufe des Jahres 2002 bekannt, daß für die Anbahnung des Gipfels rund 400 Mill. US-Dollar an südkoreanischen Regierungsgeldern über Umwege nach Nordkorea flossen.

³² Diskutiert wurde eine Resolution durch den UN-Sicherheitsrat, die jedoch im Februar 2003 am Einspruch Chinas und Rußlands scheiterte. Dazu hat Washington die „Proliferation Security Initiative“ (PSI) ins Leben gerufen, bei der Südkorea kein Mitglied ist. Eine ihrer Aufgaben könnte im Abfangen der Proliferation verdächtiger, nordkoreanischer Schiffe liegen. Einen Präzedenzfall stellte das Entern eines (nordkoreanischen) Frachters im Arabischen Meer 2003 dar, der nordkoreanische Raketen für den Jemen transportierte.

³³ Der Großraum Seoul liegt nur in knapp 40 Km Entfernung von der Demarkationslinie und befindet sich somit in Reichweite nordkoreanischer Geschütze. Dort leben mehr als 21 Millionen Menschen (ca. 45% der Gesamtbevölkerung) und werden rund 45% des südkoreanischen BIP erwirtschaftet.

³⁴ So verstieß Nordkorea mit seinem vermuteten geheimen Urananreicherungsprogramm gegen das Genfer Rahmenabkommen von 1994 und auch gegen das Entnuklearisierungsabkommen zwischen den beiden koreanischen Staaten von 1991. Allerdings wird die Existenz eines Urananreicherungsprogramms von Nordkorea offiziell bestritten.

Eine gemeinsame, belastbare Haltung zur zweiten koreanischen Atomkrise zu finden, stellt daher einen wesentlichen Test der bilateralen Beziehungen dar. Erschwerend kommt hinzu, daß die Führung in Pjöngjang wie bereits in der Vergangenheit versucht, durch widersprüchliches Verhalten ein vereintes Auftreten der Alliierten zu verhindern, oder durch partielles Entgegenkommen die Front ihrer Widersacher zu spalten. Falls es aber den USA und Südkorea nicht gelingt, eine für beide Seiten akzeptable Position zu finden, könnte die Allianz im Falle einer Eskalation des Konflikts an diesem Punkt zerbrechen.

3.4. Eine neue militärische Rollenverteilung

Die Spannungen auf politischer Ebene werden von tief greifenden Umwälzungen der militärischen Strukturen begleitet. Im Zuge des Umbaus der US-Streitkräfte in Südkorea (United States Forces Korea, USFK) und ihrer umfassenden Neustationierung wird Südkorea weitreichende Anstrengungen unternehmen müssen, um den bestehenden technologischen Abstand zu den USA nicht größer werden zu lassen und die eigenen Bündnisfähigkeit aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig kommen neue, bisher von amerikanischen Soldaten übernommene Aufgaben auf Seoul zu. Eine aktuelle Herausforderung stellt auch die deutliche Truppenreduzierung der USFK dar.

Die derzeitige Neugestaltung der in Südkorea stationierten US-Truppen hat eine höhere operative Flexibilität, eine geringere Verwundbarkeit gegenüber nordkoreanischen Angriffen und erweiterte Fähigkeiten zu Luftangriffen zum Ziel. Diese Veränderungen sind Teil des weltweit laufenden Truppenumbauprogramms.³⁵

Die Hauptaufgabe der US-Soldaten, in der Mehrzahl Bodentruppen, bestand bislang in der Abwehr einer massiven Bodeninvasion aus Nordkorea.³⁶ Bereits im Februar 2003 hatte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld vor dem Senat eine Truppenverlegung bekanntgegeben. Kurz nach dem erstmaligen Zusammentreffen der Präsidenten Roh Moo Hyun und George Bush wurde daraufhin im Juni 2003 zwischen den USA und der südkoreanischen Regierung eine Vereinbarung über den Umbau, die Neustationierung und die weitere Modernisierung dieser Truppen getroffen.³⁷ Dazu gehört das Ende des sogenannten „tripwire“-Konzepts.³⁸ Alle bisher an der Demarkationslinie und im Großraum Seoul stationierten US-Soldaten werden nun weiter nach Süden verlegt und damit außerhalb der Reichweite nordkoreanischer Artillerie. Im Eventualfall eines nordkoreanischen Angriffs würden amerikanische Soldaten also nicht mehr zu den ersten unmittelbaren Opfern zählen. Ihre bisherigen Stellungen werden von der südkoreanischen Armee übernommen. Dieser Prozeß soll in zwei Phasen stattfinden und bis spätestens 2011 abgeschlossen werden.³⁹ Im Zuge der Neustationierung wird auch der um-

³⁵ Unter der Bezeichnung „Global Defense Posture Review“ wird derzeit ein Konzept zur Truppenumgestaltung der US-Streitkräfte erarbeitet, um auf neue asymmetrische Gefahren (Proliferation, fragile Staatlichkeiten, Terrorismus) besser reagieren zu können. Die Streitkräfte sollen mobiler, schlagkräftiger und leichter einsetzbar werden. Durch den verstärkten Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken soll die Informationsüberlegenheit gesichert werden. Bisher bestehende geographische Beschränkungen sollen durch neue technische Mittel, aber auch durch flexibel einsetzbare Truppen relativiert werden. Reduziert werden soll auch die Dauer militärischer Operationen und die allgemeine Reaktionszeit. In der laufenden Revision werden zudem bisherige Truppenstützpunkte und die Stärke der stationierten Soldaten überprüft sowie neue Basen eingerichtet. Vgl. Under Secretary of Defense for Policy Douglas *Feith*: Transforming the U.S. Global Defense Posture, Speech, 3. Dezember 2003, <http://www.defenselink.mil/speeches/2003/sp20031203-0722.html>, (letzter Zugriff: 26. Juli 2004).

³⁶ Dies spiegelt sich auch in der bisherigen Struktur der USFK wieder: Von insgesamt 38.500 Soldaten gehören 28.600 Einheiten der US-Army (Infanterie) an. Ihnen stehen 9420 Angehörige der US-Luftwaffe gegenüber. Der Rest verteilt sich auf Marine und Spezialeinsatzkräfte. Vgl. *The Military Balance 2003-2004*, S. 163.

³⁷ Vgl. Pressemitteilung USFK: Joint Statement on "Future of the ROK-US Alliance Policy Initiative", 5. Juni 2003.

³⁸ Auf Deutsch: „Stolperdraht“. Um einen erneuten nordkoreanischen Angriff zu verhindern, wurden amerikanische Truppenverbände an der Demarkationslinie und in Seoul stationiert. Auf diese Weise wären im Falle eines nordkoreanischen Angriffs von Beginn an amerikanische Verluste zu erwarten und die USA somit automatisch in einen solchen Konflikt involviert.

³⁹ Während in Phase 1 die Verantwortung über die Grenztruppen abgegeben und sämtliche an der Demarkationslinie stationierten US-Soldaten in Basen oberhalb Seouls konzentriert werden, sollen diese in Phase 2 in neu zu errichtende Basen bei Pyeongtaek und Osan (ca. 70-100 Km südlich von Seoul) verlegt werden. Von der Neustationierung sind auch die

strittene Truppenstützpunkt Yongsan in Seoul geschlossen.⁴⁰ Die neue Rollenverteilung hat bündnispolitische Implikationen: Infolge der zukünftig verminderten Verwundbarkeit ihrer in Südkorea stationierten Truppen gewinnen die USA Handlungsfreiheit im laufenden Nuklearkonflikt mit Nordkorea. Gegenüber dem Bündnispartner Südkorea wird unmißverständlich signalisiert, daß man nicht bereit ist, sich in diesem Konflikt von der innerkoreanischen Aussöhnungspolitik die Hände binden zu lassen

Andererseits hat das Pentagon mit einer anderen Entscheidung ein klares Bekenntnis zum Bündnis abgegeben: In den nächsten vier Jahren wird man rund 11 Mrd. US-Dollar in die Neuausstattung der eigenen Truppen in Südkorea investieren. Erste Schritte dieses Plans sehen Verbesserung der Raketenabwehrfähigkeiten durch die Stationierung moderner Raketenabwehrbatterien vor.⁴¹ Weitere Maßnahmen betreffen die Anschaffung moderner Kampfhubschrauber,⁴² den Kauf Laser gesteuerter Präzisionsmunition und die Verlegung hochmobiler Kampfeinheiten⁴³ nach Korea. Darüber hinaus wurden bereits im Frühjahr 2003 – kurz vor Beginn der amerikanischen Offensive im Irak – 24 zusätzliche B-1 und B-52 Bomber nach Guam⁴⁴ verlegt. Zudem blieben sechs F-117A „Stealth Bomber“ nach dem jährlichen Großmanöver „Foal Eagle“ in Südkorea stationiert.⁴⁵ Während nach Meinung der USA diese Maßnahmen ein Bekenntnis zur Allianz darstellen und der Abschreckung eines nordkoreanischen Angriffs dienen, wird in Südkorea auch auf den offensiven Charakter der Truppen sowie deren verringerte Verwundbarkeit hingewiesen.

Mit den amerikanischen Modernisierungsplänen einhergehend hat auch Südkorea Verpflichtungen zu einem weiteren Ausbau der eigenen Truppen übernommen. Denn trotz einer deutlichen Verbesserung der militärischen Ausrüstung der südkoreanischen Armee in den letzten Jahren existieren nach wie vor beträchtliche technologische Defizite im Vergleich zur US-Armee, die sich durch deren jüngste Modernisierungsoffensive noch erweitert haben. Die Gründe dafür liegen in relativ geringen Ausgaben⁴⁶ für die Landesverteidigung und teilweise veraltetem Material. In einem Versuch gegenzusteuern wurde bereits 2003 das Verteidigungsbudget gegenüber dem Vorjahr um 8,6% erhöht und beläuft sich nun auf 14,8 Mrd. US-Dollar. Ein weiterer Anstieg um 8,1% auf 16,18 Mrd. US-Dollar wurde für den Haushalt 2004 beschlossen.⁴⁷ Eine signifikante Besserung bedeutet dies dennoch nicht. Die Erhöhung des Budgets durch die Regierung Roh fiel geringer aus, als von den Militärs gewünscht. Außerdem entfällt nur ein geringer Anteil des finanziellen Zuwachses auf Neuanschaffungen. Bisher fest geplante Neuinvestitionen betreffen die Anschaffung neuer Panzer, eine Verbesserung der Raketenabwehr, die Entwicklung eines Hubschraubers und eine bessere Ausstattung der Marine. Erwogen wird auch der Aufbau eigener Radar gestützter Aufklärungsflugzeuge, um die diesbezügliche Abhängigkeit von den USA zu

bisherigen Stützpunkte in und um Seoul betroffen. Vgl. *Nam* Chang Hee: Relocating USFK Bases: Background and Implications, in: *East Asian Review*, Vol. 15, No. 3, Autumn 2003, S. 119ff; bzw. Vgl. *Strategic Comments*: American forces in South Korea – The end of an era?, Vol. 9, Issue 5, July 2003.

⁴⁰ Anfang des Jahres 2004 wurde die prinzipielle Entscheidung über die Verlegung des Stützpunktes getroffen. Lange Zeit strittig war jedoch die Kostenfrage, da Südkorea sich weigerte, die geschätzten 3 Mrd. US-Dollar allein zu übernehmen. Dieser Punkt wurde nun zu Ungunsten Seouls geklärt. Vgl. *The Korea Times*, Korea, US Fail to Sign Pact on Base Move, 15. Februar 2004; des Weiteren vgl. *The Korea Herald*, 13 USFK bases to be returned by 2006, 26. Juli 2004.

⁴¹ Zwei Batterien vom Typ Patriot (PAC 2 und 3) sollen ab Herbst 2004 bei Gwangju stationiert werden. Vgl. Pressemitteilung USFK: Additional Deployment of the Patriot, Air Defense Missile System, 30. April 2004.

⁴² Vom Typ Apache Longbow AH-64D.

⁴³ Diese so genannten „Stryker units“ bestehen aus bis zu 100 km/h schnellen gepanzerten, mit Maschinengewehren bewaffneten Transportfahrzeugen, deren Gewicht nur 19 t beträgt. Vgl. <http://www.globalsecurity.org/military/systems/ground/iav.htm>, (letzter Zugriff: 26. Juli 2004).

⁴⁴ Unter amerikanischer Verwaltung stehende Insel im Pazifischen Ozean, ca. 2000 Meilen südöstlich von der koreanischen Halbinsel entfernt gelegen. Guam dient als Truppenstützpunkt insbesondere für US-Marine und US-Luftwaffe. Zur Verlegung der Bomber: Vgl. *BBC News*, Online Edition, Asia-Pacific: N Korea angry at US deployment, 12. März 2003.

⁴⁵ Diese Flugzeuge sind durch ein spezielles Oberflächendesign für das gegnerische Radar nahezu unsichtbar, was ihren offensiven Charakter betont. Vgl. *BBC News*, Online Edition, Asia-Pacific: US Fighters to stay in S Korea, 1. April 2003.

⁴⁶ Der Anteil des Verteidigungsbudgets am Gesamthaushalt macht aktuell 16,2% (nach 15,6% in 2003) aus. Das Verhältnis zum BIP beträgt 2,8% (2,7%). Langfristiges Ziel (und eine Forderung des amerikanischen Verbündeten) ist es, eine Marke von 3% des BIP zu erreichen. Vgl. *US Commercial Service*, South Korea's Defense Budget for 2004, 2. Mai 2004, <http://www.buyusa.gov/korea> (Zugriff: 15. Mai 2004).

⁴⁷ Ebenda.

verringern.⁴⁸ Beginnend 2005 wird zudem eine neue Generation von Kampfflugzeugen eingeführt, die auf einem amerikanischen Modell basiert.⁴⁹ Im Zuge des andauernden amerikanischen Truppenumbaus wird freilich weiterer Investitionsbedarf deutlich werden. Zu den neuen Aufgaben der südkoreanischen Armee, welche diese von den USFK übernehmen wird, gehören die Bewachung der entmilitarisierten Zone inklusive der gemeinsamen Sicherheitszone in Panmunjon, des Weiteren Anti-Artillerie-Operationen gegen nordkoreanische Langstreckenwaffen entlang der Grenze und Kampfhubschraubermissionen gegen potentielle Infiltrationen nordkoreanischer Spezialkommandos über Seewege. Seit einigen Jahren erhöht sich auch der koreanische Beitrag zu den Stationierungskosten der USFK. Waren es im Jahr 2000 noch ca. 400 Mio. US-Dollar, steuerte Südkorea 2003 bereits 540 Mio. US-Dollar zu den jährlichen Gesamtkosten von rund 3 Mrd. US-Dollar bei.⁵⁰ 2004 ist eine weitere Steigerung auf 602 Mio. US-Dollar avisiert.

Neuen Schwung hat die Diskussion über die künftige Gestaltung der Sicherheitspartnerschaft mit der kurzfristigen Bekanntgabe von Truppenreduktionen bekommen. Das amerikanische Verteidigungsministerium bestätigte Mitte Mai Meldungen über die Entsendung von USFK-Truppen in den Irak. Im Zuge planmäßiger Truppenwechsel sollen rund 3.600 Soldaten nicht auf der koreanischen Halbinsel, sondern im Nahen Osten stationiert werden. Darüber hinaus wurde die südkoreanische Seite in den „Future of the Alliance“ (FOTA)-Gesprächen in den ersten Junitagen 2004 über den geplanten Abzug von insgesamt 12.500 US-Soldaten bis Ende 2005 informiert. Diese Zahl schließt die in den Irak verlegten Truppen mit ein.⁵¹ Während die südkoreanische Regierung darin offiziell keinen Grund zur Besorgnis und keine Gefährdung der nationalen Sicherheit sah, versuchte sie dennoch diese Entscheidung hinauszuzögern.⁵² Als problematisch gilt vor allem der enge zeitliche Rahmen des Abzugs, der Seoul in seinen Bemühungen zur Modernisierung seiner Streitkräfte zusätzlich unter Druck setzt. Bisher war man von einem Beginn des Abzugs im Jahr 2007 und einem phasenweisen Vollzug bis 2013 ausgegangen. Inzwischen ist Washington auf die südkoreanischen Bedenken eingegangen und hat eine Verschiebung des Truppenabzugs in Aussicht gestellt.

Währenddessen wird in den koreanischen Medien über die negativen Auswirkungen des Truppenabzugs spekuliert. Insbesondere die kurzfristige Entscheidung ohne Einbeziehung der Regierung in Seoul wird als ein Symptom für den schlechten Zustand der Allianz gewertet.⁵³ Von der amerikanischen Seite werden klare Bekenntnisse zum Engagement in Korea gefordert, um Mutmaßungen über weitere Truppenreduzierungen den Wind aus den Segeln zu nehmen, und gleichzeitig vor militärischer Abenteuerlust gewarnt.⁵⁴ Im Gegensatz dazu werden von Expertenseite trotz der gegenwärtigen Atomkrise von diesem Schritt keine negative Auswirkungen – weder in punkto Gefährdung Südkoreas, noch in Bezug auf eine Verschlechterung der Beziehungen – erwartet.⁵⁵

⁴⁸ Vgl. *Jane's Defence Weekly*, Seoul's AEW&C buy will reduce reliance on US, 18. Februar 2004.

⁴⁹ Der Kampfjet F-15K ist die bisher letzte Weiterentwicklung des amerikanischen Modells F-15E. Zunächst ist eine Bestellung von 40 Stück vorgesehen, die für rund 4,5 Mrd. US-Dollar von Boeing und koreanischen Firmen gefertigt werden.

⁵⁰ Vgl. *Congressional Research Service* (CRS), Korea: U.S.-Korean Relations – Issues for Congress, S. 15, 18. Juli 2003, des Weiteren: Vgl. General Leon *La Porte*, Statement before the House Armed Service Committee, 31. März 2004 (http://russia.shaps.hawaii.edu/security/us/2004/20040331_laporte.html#07, Zugriff: 26. Juli 2004)

⁵¹ Vgl. *Chosun Ilbo*, U.S. to Withdraw 12,500 Troops from Korea by Dec. 2005, 7. Juni 2004.

⁵² Vgl. *The Korea Herald*, Korea seeks to delay U.S. troop pull out, 9. Juni 2004.

⁵³ Vgl. *The Korea Herald*, Test of Alliance, 21. Mai 2004.

⁵⁴ Vgl. *Chosun Ilbo*, Let's Stop Playing Word Games About the Alliance, 10. Juni 2004.

⁵⁵ Vgl. Michael *O'Hanlon*, Why the U.S. Forces/Korea Plan makes sense, Testimony before the House Armed Service Committee, 15. Juni 2004.

4. Ein verändertes Verhältnis?

Fünfzig Jahre nach dem Beginn der Allianz ist ihre konstituierende Ursache, die externe Bedrohung durch Nordkorea, nach wie vor vorhanden. Die Vorzeichen haben sich jedoch umgekehrt. Einem aufgrund wirtschaftlichen Erfolgs und Demokratisierung prosperierenden Südkorea steht ein wirtschaftlich verarmtes und ideologisch gescheitertes Nordkorea gegenüber. Der amerikanische Bündnispartner wiederum, nach dem Ende des Kalten Krieges als einzige Supermacht verblieben, stellt sich auf neue Gefahren durch Terrorismus und Proliferation ein. Damit verbunden ist auch eine erhebliche Reduktion der USFK. Vor dem Hintergrund des irrational erscheinenden Verhaltens Pjöngjangs und seines Nuklearprogramms gibt es zwischen den Allianzpartnern Differenzen über die Konsequenzen aus dieser Situation. Die USA fordern von ihrem Bündnispartner die Übernahme größerer Lasten und von mehr Verantwortung im Rahmen des bestehenden Verteidigungspaktes und darüber hinaus. Die Südkoreaner wiederum erwarten größeren Respekt und wünschen innerhalb der Allianz mehr Mitspracherechte. Das Bündnis selbst wird jedoch von den beiden Regierungen nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Die lauter werdenden Stimmen in den USA und Südkorea nach einer Beendigung der Allianzpartnerschaft sind nicht dem Mainstream zuzurechnen. Vielmehr wird erörtert, wie die künftige Aufgabenverteilung aussehen soll, um eine starke Allianz zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund ergeben sich für die angestrebte Fortsetzung der Allianz – auch für die Zeit nach dem Ende der militärischen Bedrohung aus dem Norden – die folgenden Handlungsanforderungen:

Die Allianz muß auf die veränderten globalen und regionalen Rahmenbedingungen reagieren und sich anpassen. Sie muß sich, ähnlich wie die japanisch-amerikanische Sicherheitspartnerschaft, den neuen globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen stellen. Durch das nordkoreanische Nuklearprogramm ist das Bündnis direkt von der Proliferationsproblematik betroffen. Obwohl hierzu keine bilateralen Vereinbarungen existieren, kann Südkorea nicht umhin, die USA bei der Verhinderung des nordkoreanischen Handels mit Raketen und nuklearen Materialien aktiv zu unterstützen. Ein Beitritt Südkoreas zur PSI dürfte einen Rückschlag für den innerkoreanischen Dialog und Kooperationsprozeß bringen. Ein derartiger Schritt wird aber auch ein klares Signal für die Ernsthaftigkeit Südkoreas in dem Bemühen um eine Eindämmung der nordkoreanischen Proliferation sein. Eine weitere, in der Diskussion befindliche Option, ist die Öffnung der Allianz für humanitäre und der Friedenssicherung dienende Einsätze.⁵⁶ Die Entsendung von 3.000 Soldaten in den Irak gegen teilweise heftige Opposition in Südkorea erfolgte in Reaktion auf eine entsprechende Anfrage des Pentagon. Sie hat die Position Südkoreas in Washington erheblich aufgewertet. Es wäre für die Allianz und das bilaterale Verhältnis der beiden Länder aber von Nutzen, wenn die Möglichkeit für derartige Aktionen von vorne herein im bilateralen Sicherheitsvertrag eingebettet wäre.⁵⁷

Eine wichtige Voraussetzung für das Weiterbestehen der Partnerschaft besteht darin, die Übereinstimmung der Interessen beider Partner zu sichern. Stärker als bisher gilt es dabei auf südkoreanische Sorgen und Wünsche Rücksicht zu nehmen. Durch gesellschaftliche Veränderungen, die sich beispielsweise in den letzten Wahlen in liberalen Mehrheiten manifestiert haben, werden diese deutlicher als bisher akzentuiert. Das Weiterbestehen der Allianz und die Präsenz amerikanischer Truppen sind jedoch wesentlich mit der Akzeptanz der südkoreanischen Bürger verknüpft. Etwaige Reibungspunkte durch unmittelbaren Kontakt zwischen den Soldaten und der Bevölkerung müssen folglich konsequent verringert werden. Einen ersten Schritt in diese Richtung bedeutet die Verlegung von Truppenstützpunkten, insbesondere der in Seoul befindlichen. Überzeugt werden muss die südkoreanische Bevölkerung auch von der Notwendigkeit von Auslandseinsätzen koreanischer

⁵⁶ Vgl. *The Korea Herald*, USFK may include peacekeeping role, 26. Mai 2004.

⁵⁷ Eine klare Regelung von friedenssichernden Auslandseinsätzen koreanischer Soldaten auf Anfrage der US-Regierung und/oder der UNO würde eindeutige Kriterien für die Truppenentsendung einführen. Die Bevölkerung könnte auf diese Weise die Gründe für Auslandseinsätze besser als bisher nachvollziehen. Auch für die südkoreanische Regierung wäre eine transparente Regelung statt bisherige „ungeschriebener Gesetze“ und Verpflichtungen empfehlenswerter.

Truppen im Zusammenhang mit der Allianz. Anderenfalls dürften sich bereits vorhandene anti-amerikanische Tendenzen weiter verstärken.

Ungeachtet der prinzipiellen Bedeutung des Bündnisses für beide Seiten, profitiert Südkorea in einem höheren Maße. Verdeutlicht wird dies durch die nach wie vor bestehende Abhängigkeit von der Bündnisbereitschaft und den bereit gestellten militärischen Kapazitäten der USA. Ein prosperierendes Südkorea müsste deshalb den eigenen Beitrag weiter erhöhen und damit ein sichtbares Bekenntnis zur Allianz ablegen. Dies bedeutet insbesondere die weitere Übernahme von militärischer Verantwortung infolge des amerikanischen Truppenumbaus, schließt aber auch eine höhere Kostenbeteiligung und die fortwährende (und kostspielige) Modernisierung der eigenen Streitkräfte ein. Auf Seiten der USA würde dies als Aufwertung der Allianz verstanden werden.

Das Bündnis muß, solange die Bedrohung durch Nordkorea andauert, das amerikanische Bekenntnis zur Verteidigung Südkoreas glaubwürdig darstellen. Dies erfordert von Washington eine dauerhafte und schlagkräftige Präsenz amerikanischer Truppen. Durch ihr 11-Milliarden-Dollar-Investitionsprogramm haben die USA ihre Bereitschaft zum Verbleib auf der koreanischen Halbinsel eindeutig erkennen lassen. Andererseits haben die jüngst einseitig angekündigten Truppenverlegungen in Medien und Öffentlichkeit Südkoreas Zweifel an der Bündnistreue der USA entstehen lassen. Die USA werden sich um eine bessere Abstimmung mit dem Bündnispartner und eine bessere Öffentlichkeitsarbeit in Korea bemühen müssen.

Die formelle Fortexistenz des Kriegszustandes auf der koreanischen Halbinsel und die gegenwärtige Konfrontation mit Nordkorea um das Nuklearprogramm sollten die USA nicht dazu veranlassen, jeglichen Initiativen zur Annäherung der beiden koreanischen Staaten skeptisch gegenüberzustehen. Vielmehr sollten sie das südkoreanische Bemühen um humanitäre Fortschritte und um einen innerkoreanischen Dialog als legitim anerkennen. Südkorea wiederum muss sich davor in Acht nehmen, sich nicht von Nordkorea instrumentalisieren zu lassen, sondern sollte versuchen, eine Balance zwischen den Interessen Frieden und Wiedervereinigung einerseits und den aus der Allianz resultierenden Verpflichtungen andererseits zu finden. Durch das nur schwer zu kalkulierende Verhalten und durch das bemerkenswerte Geschick Nordkoreas, Differenzen der Gegenseite auszunützen, wird die Verständigung auf eine gemeinsame Position beider Partner zudem enorm erschwert.

Neben den Schwierigkeiten auf außen- und sicherheitspolitischer Ebene existieren auch zahlreiche Kontroversen im bilateralen Handels- und Leistungsverkehr, die potentiell zur (weiteren) Klimaverschlechterung im amerikanisch-südkoreanischen Verhältnis beitragen. Die Außen- und Sicherheitspolitik beider Länder sollte sich aber nicht von wirtschaftlichen Partikularinteressen instrumentalisieren lassen. Zur Lösung der bilateralen Handels- und Investitionskonflikte oder zur Bewältigung von Problemen beim Marktzutritt existieren besser geeignete Mechanismen. So verfügt beispielsweise die amerikanische Handelskammer in Korea über erheblichen Einfluß. Konflikte lassen sich auch im Rahmen der laufenden bilateralen Wirtschaftskonsultationen oder durch Verhandlungen auf Regierungsebene lösen. Notfalls sollte das Streitschlichtungspanel der WTO angerufen werden. Es gibt keinen Grund, die Handelspolitik mit der Sicherheitspolitik zu verknüpfen, zumindest solange keine existentiellen nationalen Wirtschaftsinteressen auf dem Spiel stehen.

Es muß offen bleiben, ob und ggfs. wie die USA und Südkorea das beidseitige Verhältnis entlang der oben genannten sechs Punkte zukünftig neu gestalten. Grundsätzlich sind für die zukünftige Entwicklung der Allianz zwei Szenarien denkbar, von denen ersteres als wahrscheinlicher gelten kann:

Entweder gelingt es beiden Partnern in einer gemeinsamen Anstrengung, das Bündnis unter Beachtung der oben angesprochenen Punkte erfolgreich weiterzuentwickeln. Da beide Seiten trotz der Probleme nach wie vor zum gemeinsamen Bündnis stehen, erscheint dies nicht unwahrscheinlich. Wichtige Sicherheitsinteressen Südkoreas, aber auch der USA, sprechen für diese Annahme. Ein vollständiger Abzug aus Korea könnte Signalwirkung in Bezug auf andere bilaterale Allianzen der USA in der Region haben und ein Sicherheitsvakuum entstehen lassen, durch das mittelbar auch existentielle Interessen der USA bedroht wären. Schließlich befinden sich mit Japan, China, Korea und Taiwan gleich mehrere ihrer Haupthandelspartner in der Region. Aufgrund des nur schwach ausgeprägten Regionalismus in Ostasien bleiben einzelne Staaten auf bilaterale Sicherheitsvereinbarungen mit den USA angewiesen. Auf der anderen Seite schließt der vorliegende Sicherheitsvertrag nicht aus, daß Südkorea auch andere Partnerschaften auf regionaler Ebene entwickelt. Stabile und gereifte Beziehungen zu China, Japan und Südostasien verbessern gleichfalls die Sicherheit der Region. In der Diskussion über die zukünftige Bündnisstruktur wird oft über Visionen gesprochen. In ihnen wird angeregt, angesichts der globalen Veränderungen die bilaterale Zusammenarbeit auch auf Bereiche über den sicherheitspolitischen Be-

reich hinaus auszudehnen. Das gemeinsame Werben in der Region für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, das Eintreten für Nonproliferation und für den Kampf gegen Terrorismus würden der amerikanischen-südkoreanischen Allianz über die Abwehr der Bedrohung von Nordkorea hinaus eine neue und erweiterte Daseinsberechtigung geben.

Oder, falls die angesprochenen Herausforderungen nicht gemeistert werden, muss von einem schleichenden Ende der Allianz ausgegangen werden. Ein kritischer Punkt ist die Akzeptanz der südkoreanischen Bevölkerung, eine Grundvoraussetzung für eine andauernde Präsenz amerikanischer Truppen. Während des von amerikanischen Soldaten verursachten Unfalltodes zweier koreanischer Schulmädchen im Juni 2002 zeigten sich die in der Bevölkerung vorhandenen Aversionen deutlich. Auch die südkoreanische Politik wurde damals von Rückwirkungen dieses Vorkommnisses beeinflusst. Durch die geplanten Truppenverlegungen wird das Risiko von Zwischenfällen zwar minimiert, die Notwendigkeit, um generelles Verständnis für das Bündnis und die andauernde Stationierung von Soldaten zu werben, bleibt jedoch nach wie vor bestehen. Sollte es der Regierung der Republik Korea nicht gelingen, der eigenen Bevölkerung den Nutzen der Allianz überzeugend darzustellen, würden Anti-Amerikanismus und gestiegener Nationalismus schließlich deren Auflösung befördern. Jüngste Meinungsumfragen lassen erste Tendenzen in diese Richtung erkennen. Im Ergebnis könnte ähnlich wie auf den Philippinen der vollständige Abzug der US-Truppen stehen. Ein weiterer Punkt betrifft das in der Bevölkerung unpopuläre Engagement im Irak. Solange die Regierung in Seoul sich zu solchen Einsätzen ohne die Möglichkeit einer Verweigerung verpflichtet sieht, wird ein Großteil der Südkoreaner der Allianz und den USA auch weiterhin skeptisch gegenüberstehen. Falls es in diesem Zusammenhang zu weiteren Zwischenfällen mit koreanischen Opfern kommt, wird sich die Stimmung im Land sowohl gegen die jetzige Regierung Roh als auch gegen die zu solchen Einsätzen verpflichtende Partnerschaft mit den USA richten, mit Auswirkungen auf den allgemeinen Zustand der Allianz.

Abkürzungen

APEC	Asian Pacific Economic Cooperation
ASEAN	Association of South-East Asian Nations
BBC	British Broadcasting Corporation
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CRS	Congressional Research Service
DPRK	Democratic People's Republic of Korea
EU	Europäische Union
FOTA	Future of the Alliance
IAEA	International Atomic Energy Agency
IISS	International Institute of Strategic Studies
IT	Information Technology
KCIA	Korean Central Intelligence Agency
NPT	Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
PAC	Patriot Advanced Capability
PSI	Proliferation Security Initiative
ROK	Republic of Korea
SCM	Security Consultative Meeting
SOFA	Status of Forces Agreement
UNO	United Nations Organisation
USA	United States of America
USFK	United States Forces Korea